

Zu meiner Person

Ich bin 54 Jahre alt, lebe getrennt und habe einen Sohn (20).

Nach meinem Jurastudium in Bremen war ich von 1990 bis 1999 als Rechtssekretär beim DGB in Hameln, Delmenhorst, Oldenburg und zuletzt beim Landesbezirk in Hannover tätig. Seitdem arbeite ich als Rechtsanwalt in Bremen, bin Fachanwalt für Arbeitsrecht (Arbeitnehmer und Betriebsräte) und Sozialrechtler. Seit 1979 bin ich Mitglied der Gewerkschaft ver.di (HBV) und derzeit Vorstandsmitglied der Solidarischen Hilfe. 2006 trat ich der PDS bei. Seit 2007 bin ich Mitglied der Fraktion der LINKEN im Ortsbeirat Mitte.

In meiner Freizeit bin ich begeisterter Hobbyfotograf, Hundefan, Fußballgucker (und dabei v. a. Fan und Kritikaster meines Sohnes), Skifahrer (leider viel zu selten), Sciencefiction- und Krimileser und recht schlechter Kicker- und Computerspieler (Strategiespiele).

Liebe Bremerinnen und Bremer,

das unwürdige und menschenverachtende Hartz-IV-System muss weg! Die Bremische Bürgerschaft kann Hartz IV nicht abschaffen, aber es gibt viel zu tun, um die Situation von Hartz-IV-Betroffenen zu verbessern: im Kampf gegen erniedrigende Sanktions- und Verwaltungspraktiken des »Jobcenters«, gegen Zwangsumzüge, für individuell passende Eingliederungshilfen und mehr. Auf der anderen Seite: Wer arbeitet, muss gut davon leben können. Ohne Mindestlohn, Abschaffung von Leiharbeit, soziale Absicherung von Teilzeitbeschäftigung, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit wird das nicht gehen.

Dafür steht so nur DIE LINKE!
Darum kandidiere ich für DIE LINKE und für Sie.



Christoph Heigl
DIE LINKE. Bremen
Faulenstraße 75, 28195 Bremen
Telefon: 0421/32 06 66
Fax: 0421/32 06 67
christoph.heigl@dielinke-bremen.de



**Christoph Heigl:
Druck machen.
Links wählen!**

DIE LINKE.

www.dielinke-bremen.de

Unsere Politik für Bremen und Bremerhaven:

Der Schuldenberg des Landes Bremen beträgt zur Zeit etwa 18 Milliarden Euro. Jedes Jahr wachsen die Schulden Bremens zwischen 400 und 900 Millionen Euro. Das Land Bremen ist, gemessen an den zu leistenden Aufgaben der öffentlichen Hand, chronisch unterfinanziert.

Denn: Inflationsbereinigt gibt Bremen heute bereits 1 Milliarde Euro weniger aus als 1994 – durch den Abbau von 5000 Stellen im öffentlichen Dienst und durch Kürzungen unter anderem bei Bildung, Kultur, Soziales. Gleichzeitig wurde im letzten Jahrzehnt in riesigem Umfang öffentliches Eigentum verkauft. Das merkt man überall – an eingesparten Ortsämtern, an gestiegenen Gebühren, überlasteten Sachbearbeiter/innen in der Verwaltung, an den zehn Jahre lang nicht erhöhten Entgelten für Dozent/innen der Volkshochschule, an der schlechten Ausrüstung der Schulen mit Sachmitteln und Schulbüchern, an den Straßen und vielem mehr. Die Besoldung von Bremer Beamtinnen und Beamten ist mehrere Hundert Euro niedriger als im niedersächsischen Umland.

2009 haben Bund und Länder – gegen die Stimmen der LINKEN –

die sogenannte »Schuldenbremse« beschlossen. Sie schreibt vor, dass der Bund ab 2016 und die Länder ab 2020 keine neuen Schulden aufnehmen dürfen. Das soll nicht durch höhere Einnahmen erreicht werden, sondern durch ein beispielloses Kürzungsprogramm. Das Bekenntnis von SPD und Grünen zur »Schuldenbremse« ist das Bekenntnis zu einer Politik der sozialen Spaltung der Stadt, der Verarmung eines immer größeren Teils der Bevölkerung und einer Entmachtung des Gemeinwesens.

Das Finanzproblem Bremens ist nur auf Bundesebene zu lösen – durch die Wiedererhebung der Vermögensteuer, die Einführung einer Millionärsteuer von fünf Prozent, höhere Steuern auf hohe Einkommen und die Überführung der Altschulden in einen Bundesfonds.

Bremer Haushaltspolitik darf sich nicht dem Diktat der »Schuldenbremse« beugen. Die Zukunft der sozialen Sicherheit und der Erhalt der öffentlichen Infrastruktur dürfen nicht einer verfehlten Steuerpolitik auf Bundesebene zum Opfer fallen. Die Folgen und Folgekosten sind höher als gegebenenfalls notwendige Zinsbelastungen. Aufgabensicherung und Armutsbekämpfung haben Vorrang vor der Verringerung des Haushaltsdefizits.

Wofür DIE LINKE steht:

1. Umverteilung von oben nach unten statt Schuldenbremse! Auf Landesebene: Kürzungsprogramm verhindern. Kein Einfrieren der Ausgaben für Bildung, Arbeit, Kultur, Soziales. Kein Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft, keine Absenkung der Tarifentgelte, keine von den Beamtinnen und Beamten zu erbringenden Sonderopfer!
2. Öffentlichen Dienst und öffentlich geförderte Beschäftigung ausbauen! Stopp des Personalabbaus. Mittelfristig 10 000 zusätzliche Arbeitsplätze durch öffentlich geförderte Beschäftigung, mehr Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst. Ausbau des öffentlichen Dienstes, ausreichende Finanzierung für Bürgerhäuser und Vereine.
3. Hände weg von der GEWOBA! Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge statt Ausverkauf! Konkret: Überführung der Energie- und Wasserversorgung, der Abfallwirtschaft und der Versorgungsnetze in öffentliches Eigentum.

